

# Der Staat in der Finanzierungsfalle

## Ein Ausweg

### Teil 1

#### Über das Geldsystem Klarheit verschaffen

*„Das Gesellschaftssystem fährt wie ein rasender Zug in eine Richtung. Die Grundsätze, die diesen Zug treiben, bleiben unbegriffen. Tausende demonstrieren bei globalen Gipfeln und zu den gegebenen Anlässen gegen die zerstörerischen Auswirkungen dieses Zuges. .... Es ist offensichtlich: das „Gegen“ ist zu wenig. Das Andere, Neue und Erhoffte zu schwach.*

*Warum wird eigentlich so selbstverständlich vom „Gürtel enger Schnallen“, vom „Sparen“ und „Schuldenabbau“ geredet? Warum wird nie über die Frage gesprochen, bei wem der Staat Schulden hat? Gürtel enger schnallen? Leben wir in einer Gesellschaft des Mangels?... Die Produktionsmittel und Produkte sind da, was fehlt, ist das Geld, sie zu kaufen. Und da soll noch mehr gespart werden? Kein Geld für den Staat, der es verteilen müsste? Wie kann der Kreislauf von Produktion und Verbrauch funktionieren?*

*Heute herrscht auf der einen Seite Geldknappheit und sind auf der anderen Seite tausende Milliarden Euro deponiert. Wer kann sich vorstellen, welche Möglichkeiten diese Gelder bieten? Wer weiß, warum diese Möglichkeiten nicht ergriffen werden?*

*Auch wenn es eingefleischte IndividualistInnen nicht glauben wollen, die Gesellschaft ist noch immer ein System. Dieses System führt jetzt auch bei uns zu immer größeren Engpässen. So ist es an der Zeit, sich über dieses System Klarheit zu verschaffen: das Geldsystem. ....*

*Die Hauptursache der Ohnmacht der Weltverbesserer liegt also in der Tatsache, dass sie die politische Bedeutung der Rolle des Geldes nicht verstehen. Viel alternative Vorstellungen waren meist von erschreckender Naivität. Deren Vertreter haben sich nicht genug Mühe gemacht, den Systemzusammenhang von Geld, Produktion und Konsum zu erfassen, und können deshalb auch ihren politischen Willen nicht artikulieren.*

*Je enger es aufgrund der gegenwärtigen Logik und der mit ihnen verbundenen Interessen wird, desto mehr beschleicht sie deshalb das Gefühl der Ohnmacht und sie werden zu Rufern in der Wüste, deren moralische Appelle verhallen“<sup>1</sup>.*

Der grüne Querdenker Christian Wabl bleibt nach diesen Worten nicht an der Oberfläche wie ausnahmslos alle Politiker und Ökonomen, deren Sparappellen sich ja nicht an eine Gesellschaft richten, deren arbeitsfähige Mitglieder gerade das Allernötigste zu produzieren in der Lage sind, so dass für die Alten und Arbeitsunfähigen, für Bildung, Kultur, Forschung kaum mehr etwas übrig bleibt. Gerade für das Sparen beim Verbrauch gelten ja die Aufrufe nicht – im Gegenteil. Alle rufen: „Konsumiert, konsumiert mehr!“ Es fehlt nicht an Arbeitskraft – im Gegenteil, zu viele finden keine Beschäftigung. Was fehlt, ist vor allem Geld in den Kassen des Staates. Warum aber gerade fehlt es dort?

Die Wabl'schen „Weltverbesserer“ sehen vielerorts Unmengen von deponiertem Geld, die steuerlich anzuzapfen wären. Und so sieht es auch Wabl. Was aber ist überhaupt „deponiertes“ Geld. Unzweifelhaft: Es gibt riesige Vermögen in wenigen Händen. Doch ist das deponiertes Geld? Ist das überhaupt Geld? Was so beeindruckt, sind die großen Zahlen der Umsätze auf den Finanzmärkten, die bis zu 1.200 Mrd. USD<sup>2</sup> (1.200.000.000.000) täglich erreicht haben. In ihnen sieht man die Schattenwürfe der geheimnisvollen Geldschätze, die selbst nicht ausgemacht werden können.

Hier sollte man vorerst einmal deutlich gemacht werden, dass die 1.200 Mrd. USD akkumulierte Umsätze sind – ein Aktienpaket, dass etwa 4 Mal am Tag von A über B, C, D an E immer zum gleichen Preis X weiter verkauft wird, bedingt einen Umsatz von 4X. – , die als Stromgröße der Bestandsgröße „Geldmenge M1“ gegenübergestellt werden. Das aber heißt, dass diese

<sup>1</sup> Christian Wabl, „Money makes the world go round“, planet 28, März / April 2003, S. 13

<sup>2</sup> Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf, Grenzen der Globalisierung, S. 159

großen Zahlen mehr zur Emotion als zur Information reichen. Wobei ja die jeweils „investierten“ Gelder nicht verschwinden, sondern nur den Besitzer wechseln, so wie auch die Finanzmarktpapiere.

**Tabelle 1:** Um einen Begriff über die Größen zu geben, untenstehend die Geldmengen im Vergleich zu den Umsätzen auf den Finanzmärkten, die oftmals bis zu 1.200 Mrd. USD pro Tag erreichten.

Quelle: Bundesbank, Monatsberichte, Federal Reserve, Releases, alles für Aug. 2002

	Deutschland in Euro	Euro-Raum in Euro	USA in USD
Bargeld:	84,3 Mrd.	376,5 Mrd.	616,4 Mrd.
Buchgeld:	534,5 Mrd.	1852,8 Mrd.	560,2 Mrd.
Zus. = M1	618,8 Mrd.	2229,3 Mrd.	1176,0 Mrd.
M3	1468,0 Mrd.	5566,0 Mrd.	8240,0 Mrd.
Aktiva/Passiva	4307,0 Mrd.	13651,0 Mrd.	
BSP	ca.2000 Mrd.		

**Tabelle 2: Bilanz der Bundesbank und Konsolidierte Bilanz der MFIs für Deutschland**

Die Bilanzen der Bundesbank und des gesamten deutschen Bankensystems einschließlich Bundesbank zeigen, dass das ganze Zentralbank- und Geschäftsbankengeld von Anfang an Verbindlichkeiten sind, denen Forderungen gegenüberstehen. Zum Vergleich: Die Bilanz der Bundesbank weist einen Banknoten- und Bargeldumlauf mit Kassenbeständen von 132,4 Mrd. Euro aus, während der Bargeldumlauf ohne Kassenbestände 125,9 Mrd. Euro ausmacht (siehe unterlegte Zeile)

Quelle: Bundesbank, Monatsberichte

#### Die Bilanz der Bundesbank, April 2000

Aus Monatsberichte III, Konsolidierter Ausweis des EURO-Systems :

<b>Aktiva insgesamt</b>		<b>249,7 Mrd. EURO,</b>
davon	Gold u. Goldforderungen	32,3
	Forderungen in Fremdwährung	
	an Ansässige außerhalb des EURO-Gebietes	64,4*
	Forderungen in EURO an	
	Ansässige außerhalb des EURO-Gebietes	12,7
	Forderungen in EURO an den Finanzsektor	
	im EURO-Gebiet	107,1*
	Forderungen in EURO	
	an öffentliche Haushalte	4,4*
	Sonstige Aktiva	*in Summe 175,9 28,8
<b>Passiva insgesamt</b>		<b>249,7 Mrd. EURO</b>
davon	Banknoten- und Bargeldumlauf (Zentralbankgeld)	132,4*
	Verbindlichkeiten in EURO gegenüber dem	
	Finanzsektor im EURO-Gebiet, insbes.	
	Einlagen auf Girokonten einschl.	
	Mindestreserven	33,2*
		*in Summe 165,6
	Verbindlichkeiten in EURO gegenüber	
	sonstigen Ansässigen im EURO-Gebiet	0,5
	Verbindlichkeiten in EURO gegenüber	
	sonstigen Ansässigen außerh. EURO-Gebiet	29,7
	Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte	
	Sonderziehungsrechte	1,7
	Sonstige Passiva	9,1
	Ausgleichsposten aus Neubewertung	38,0
	Kapital und Rücklagen	5,1

## Konsolidierte Bilanz der MFIs einschließlich Bundesbank für April 2000

Aus :Monatsberichte II, 2. Konsolidierte Bilanz der MFI):

<b>Aktiva insgesamt</b>		<b>4102,1 Mrd. EURO</b>
davon	Kredite an Nichtbanken insgesamt	3233,8
	Aktiva gegenüber Nicht-EURO Gebiet	674,2
	sonstige Aktivposten	204,1
<b>Passiva insgesamt</b>		<b>4102,1 Mrd EURO</b>
davon	<u>Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände) (Zentralbankgeld)</u>	125,9
	Einlagen von Nichtbanken im EURO Gebiet	2004,8
	<u>Davon täglich fällig (Geschäftsbankengeld)</u>	443,7
	Mit Laufzeit bis 1 Jahr (Unternehmen, Privatpersonen, öffentliche Haushalte) mit vereinbarter Kündigungsfrist bis 3 Monate (Unternehmen, Privat-Personen und öffentliche Haushalte)	232,2
	in Summe	486,3
	Repogeschäfte	2,7
	Geldmarktfondsanteile	70,7
	Begebbare Schuldverschreibungen, Laufzeit fast zur Gänze mehr als 2 Jahre	768,2
	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro Gebiet	597,2
	Kapital und Rücklagen	286,0
	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	- 47,7
	Sonstige Passiva	294,8

Stellt man diese Zahlen nun aber in den zugehörigen Rahmen, löst das auch noch nicht das Rätsel. Aber die Größe der Zahlen wird zumindest zurechtgerückt. Was die Zentralbanken an Bargeld schaffen, zeigt Tabelle 1. Im Vergleich ist das nicht allzu üppig – und damit nicht geeignet, große Bargelddepots zu bilden. Dazu aber kommt die etwa vierfach so große Menge an Buch- oder Giralgeld, das die Geschäftsbanken bereit stellen. Insgesamt sollte hier eine Geldmenge M1 in Euro, USD, Yen und Sfr, umgerechnet auf USD, in Höhe von 5.000 Mrd. USD größenordnungsmäßig schon richtig sein. Diese Menge aber steht „nur“ in den Büchern der Geschäftsbanken. Womit es außerhalb dieser keine unauffindbaren Depots mit Buchgeld geben kann. Doch finden sich diese in den Büchern?

Nun aber verlangt Wabl zudem noch – und das ist neu -, sich über das Geldsystem Klarheit zu verschaffen. Dann aber sollte auch die Meinung zu denken gegeben, der gemäß durch den Börsencrash ungeheure Geldmassen vernichtet wurden. Vernichtet? Wie kann Geld vernichtet werden, wenn es nicht verbrannt oder weggespült wird? Und wenn es vernichtet werden kann, dann muss es wohl auch entstehen können.

Wie aber entsteht denn Geld? Was ist Geld überhaupt?

### Verschuldung und Kreditgeld

Es ist also angebracht, eine maßgebende Ursache für das Entstehen der gegenwärtigen sozialen und ökologischen Probleme im Geld zu suchen. Geld ist ja das vielleicht wesentlichste Element, das unsere hocharbeitsteilige Wirtschaft so geschaffen hat, wie sie ist. Sie hat privates Eigentum und damit Rechtsstaatlichkeit zur Voraussetzung. Alles ist hier in irgendjemandes Eigentum, der reguläre Zugriff von Anderen darauf nur durch Rechtsverträge – und nicht durch physische Gewalt - möglich. Verschuldung hat sich dabei als einer der möglichen Wege durchgesetzt. Und so ist Verschuldung beim rechtmäßigen Zugriff auf fremdes Eigentum nun *unumgänglich* für diese Weise der Produktion.

Geld hat inhärent mit Verschuldung zu tun. Es ist das Bankensystem als Intermediär, das die direkte Verschuldung zwischen Unternehmen auflöst und diese dann über den Bankenkredit – dem „Kredit“ der Bank - vermittelt. Der Kredit macht am Anfang den Zugriff des Unternehmers A auf Lohnarbeit und

Konsum sowie Vorlieferungen vermittelt Geld, das aus ihm hervorgeht, möglich. Während nun die Lieferanten, die Unternehmen C, D, .. damit ihre Schulden tilgen, bleibt der Kredit jedoch an A hängen, bis nach erfolgter Produktion und Verkauf des Erzeugtem gegen Geld dieser seinerseits seinen Kredit samt Zinsen in Geld zurückzahlen kann, also in jenem Medium, in dem er gewährt wurde.

Wir haben also eine Kreditwirtschaft, in der so Schulden und Geld entstehen. Und nur in dieser bekommen Schulden überhaupt einen Sinn. Die Wirkzusammenhänge sind von Dynamik getragen. Es ist nicht allein die Geldmenge, sondern auch deren Bewegung, mit der auch der Faktor „Zeit“ ins Spiel kommt. In der Kreditgeldwirtschaft ist es die über Investitionen laufenden fortwährenden Ver- und Entschuldungsvorgänge im Zeithorizont, die aus unbewegtem Geld ein bewegtes machen.

Verschuldung setzt nun eine Entscheidung voraus, die in die Zukunft reicht. Folge ist ein Zusammenreffen von Handlungen aus der Vergangenheit und für die Zukunft in der Gegenwart. Da aber die *heutigen* Gesamtkosten für die *zukünftigen* Produkte ident sind mit dem *heutigen* Gesamteinkommen, das Nachfrage nach heute fertigen Produkten hält, gerät die Nachfrage dann in ein Dilemma, wenn die Wirtschaft nicht mehr genügend wächst. Dann versucht nämlich jeder Unternehmer im Wettbewerb um so heftiger, bei sich selbst möglichst zu sparen, in der Erwartung, dass andere das nicht so tun werden oder können, wobei jeder hofft, dass die nachfragende Geldmenge und das Preisniveau wesentlich weniger sinken als die eigenen Kosten.

In diesem Spiel ist der Zins ein Kostenfaktor. Wenn nun aber alles Geld aus verzinslichen Krediten hervorgeht, dann sollte klar sein, dass Zinsen so wie die Gewinne nur aus einem Wachstum der Verschuldung heraus finanziert werden können.

Dieses Wachstum der Schulden der Unternehmen, dem ein Wachstum der Realvermögen bilanzmäßig gegenübersteht – meist durch Aneignung von Natur und ihren Schätzen - , bedeutet andererseits auch ein Wachstum der Vermögen der Kreditgeber und Eigentümer des Unternehmens. Aber eben nicht in konkretem Geld, sondern eben „nur“ in Schulden, in Verpflichtungen der Unternehmen.

### „Inside-money“ und „Outside-money“

Die konsolidierten Bilanzen des Bankensystems bestätigen die obige Beschreibung des Geldsystems. Die Struktur dieser Daten aber zeigt auch: All das, was wir heute als Geld, also als Zahlungsmittel, nutzen, findet sich innerhalb dieser Bilanzen, und entsteht innerhalb des Bankensystems, bestehend aus Zentralbank und Geschäftsbanken, als Schuldverhältnis. Ich nenne dies „Bankengeld“ oder „Inside-Money“ (IM). Es besteht aus Zentralbankgeld (Bargeld) und Geschäftsbankengeld (Buch- oder Giralgeld)

Die Vorstellungswelt der Mainstream-Ökonomen bis hin zu den Notenbankern – aber auch viele der Wabl'schen Weltverbesserer - geht jedoch von der Existenz eines „Outside-Money“ (OM) aus, eines „Nichtbankengeldes“, das außerhalb des Bankensystems ‚schuldenfrei‘ entsteht und umläuft, einfach „da ist“. Erst dann, wenn es nicht für Käufe genutzt wird, fließt es in einem ersten Schritt in das Bankensystem als Ersparnis hinein, und in einem zweiten Schritt nach einer Kreditgewährung von dort auch wieder heraus. Erst damit hinterlässt es in den Bankenbilanzen unabhängige Guthabenbuchungen einerseits und Schuldenbuchungen andererseits.

In dieser Vorstellung allein könnte es zu den erwähnten Massen an deponiertem Geld kommen. Wenn die Statistiken dies aber nicht zeigen, dann gibt es zwei Einsichten: Die theoretische falsifiziert diese Hypothesen, die pragmatische aber zeigt, dass etwas, was *so* nicht vorhanden ist, auch nicht *so* verteilt werden kann. Tatsächlich entstehen Guthaben- und Schuldenbuchungen in einem Schritt. Beide sind eins: Den Guthaben stehen nicht Gelder gegenüber, die irgendwo deponiert sind, sondern „nur“ Schulden.

Das Geldmenge wird dabei maßgeblich durch die zukünftigen Erwartungen der Unternehmen – also wie viel sie also heute in die Produkte von morgen hineinstecken - gesteuert, nicht aber durch das gegenwärtige Angebot an Gütern und Leistungen. Und: Das System arbeitet nur dann zufriedenstellend, wenn die Geldnachfrage von Periode zu Periode genügend wächst, damit die große Mehrheit der Waren zu Preisen verkauft werden kann, die über ihren direkten Herstellkosten liegen, um so auch Zinsen und Gewinne realisieren zu können.

Dieses Geldsystem, das zwar von Menschen geschaffen, aber nicht geplant wurde, hat maßgeblichen Anteil an der Entwicklung unserer hocharbeitsteiligen Wirtschaft. Es brachte den notwendigen Schub in

deren *take-off* Phase hervor. Dort war ein Wachstum des Produktionsausstoßes zur Bedürfnisbefriedigung notwendig. Heute jedoch ist es ein notwendiges Übel, um das Funktionieren der Wirtschaft und die Finanzierung des Sozialstaates mit Mühe aufrecht zu erhalten. Aus ökologischen Gründen sollte das System nun aber vom Steigflug in die Phase eines Gleitfluges übergehen, müsste also der Schub zurückgenommen werden, d.h. das Geldsystem dahingehend reformiert werden, dass die zur Markträumung bei konstantem Preisniveau erforderliche Geldmenge nicht allein von den zukünftige Erwartungen der Investoren abhängt.

## Die Zinsfrage

Aus obiger, in die Irre führenden Vorstellungswelt leiten sich auch vielerlei Begründungen des Zinses ab. Wenn Geld als Outside-money einfach da ist, und erst das Zusammensparen von Geld – letzteres sei betont - die Möglichkeit von Kreditvergaben schafft, dann kann dies als verdienstvolle Leistung interpretiert werden. Und so wird es ja auch noch immer den Menschen verkauft. Tatsächlich ist es aber nur eine Schutzbehauptung.

Wenn wir erkennen, dass Geld den Kredit voraussetzt - dass also Kredit eben nicht das Weiterverleihen von konkret Vorhandenem, sondern das Gewähren von Vertrauen ist -, dann wissen wir, dass es dazu nicht die monetäre Ersparnis braucht. Doch wird dieser Irrtum von den Zentralbanken – bewusst?- nicht aufgeklärt. Obwohl gerade sie zeigen, dass sie diese Ersparnisse nicht brauchen - und Zentralbanken gar keine Ersparnisse entgegennehmen dürfen -, sondern die Kredite aus dem „Nichts“ schöpfen. Doch allein mit der Aufrechterhaltung dieser Mythen haben sie noch eine Möglichkeit der Steuerung der Geldmenge in der Hand. Immer noch sehen ja die Geldnutzer allein in Bargeld „echtes“ Geld, – in einem Outside-Money, das es heute gar nicht gibt.

Nun zahlen die Geschäftsbanken etwas, um die Nutzung von Bargeld sowohl im Zahlungsverkehr als auch beim Halten von Ersparnis zu vermeiden. Denn Bargeld ist Zentralbankgeld und kommt aus zinsbelasteten Krediten der Zentralbank, kostet also den Geschäftsbanken Zinsen. Die Höhe dieser Zinsen ist aber wieder von der Menge des beanspruchten Bargeldes abhängig. Ein Halten von Ersparnissen in Bargeld würde somit diese Zinsen hinauftreiben und teurer kommen als die Zahlung von Einlagezinsen.

Die Zinsen sind also heute „nur“ ein Steuerungsmittel der Zentralbanken, das aber dann die Geschäftsbanken bei der Schöpfung von Giralgeld – dem Geld der Geschäftsbanken – gleichfalls aus dem „Nichts“ zum eigenen Vorteil nutzen. Da sie dafür keine Einlagezinsen zahlen müssen, ist das für sie ein „Jolly Joker“.

Der Vorschlag von Joseph Huber<sup>3</sup> über die Einführung eines „Vollgeldes“ setzt hier an. Dabei wird die Schöpfung von neuem, zusätzlichen Geld so geregelt, dass sie allein in den Händen der Zentralbanken liegt. Und dieses neue, für den Staat zinslose Geld über die Nachfrage des Staates in den Umlauf kommt.

## Der Staat in der Finanzierungsfalle

Dieses Geldsystem, das der Staat selbst so rechtlich festgelegt hat, führt dazu, dass er sich nur auf zwei Arten finanzieren kann (sieht man vom Verkauf seines „Familiensilbers“ ab): In dem er selbst auch Kredite aufnimmt, sich also verschuldet, so wie es - zusätzlich zur zweiten Art - in den letzten Jahren überall erfolgt ist. Und sich nun wegen der hohen Schulden und Zinslasten selbst verbietet. Womit nur die zweite Möglichkeit bleibt: Das Einheben von Steuern in Geld. Damit aber wird die Verschuldung nicht beseitigt, sondern „nur“ auf die Unternehmen übertragen. Für diese bringt das eine Vergrößerung der Schulden, die samt Zinsen wiederverdient werden müssen. Und gleichermaßen eine Vergrößerung des Risikos, dieses Ziel zu verfehlen.

Der Staatshaushalt wird damit aber total abhängig von der Verschuldungsbereitschaft der Unternehmen. Und zwingt zu einer pragmatischen Sicht auf den Einfluss, denn die steuerlichen Maßnahmen auf die unternehmerischen Entscheidungen haben. Auch dann, wenn man die Position der Unternehmen und deren Eigner ideologisch nicht unterstützt. Bei diesen geht nicht so sehr um das Können, sondern das Wollen. Denn unter welchem Titel die Steuern und Abgaben auch erhoben werden, vorfinanzieren müssen sie die Unternehmen. Dies gilt neben anderen Steuern auch für die Lohnsteuer und die in den Verbrauchereinkommen enthaltene Mehrwertsteuer. Es gilt aber nicht nur für dieses „durchfließende“ Geld. Auch die statisch wirkenden Bereiche wie Gewinn und Vermögen bestehen in der Regel nicht in

---

<sup>3</sup> Joseph Huber, Vollgeld, Duncker & Humblot, 1998

liquiden Ansprüchen, auf die „einfach“ zugegriffen werden kann. Sie müssen durch Verkauf oder verzinsliche Kredite erst zu Geld gemacht werden. Da aber Kredite buchhalterisch den Gewinn kürzen und zugleich die Verschuldung des Unternehmens erhöhen, hat das wieder Einfluss auf das gesamte Verschulden-Wollen.

Die Umstände, die mit den Steuern in Geld verbunden sind, bringen den Staat in die volle Abhängigkeit vom Gedeihen der Wirtschaft. Sie führen dazu, dass viel Arbeitskraft brach liegt und von einer Überforderung des Staates und der staatlichen Infrastruktur gesprochen wird. Der Staat muss sparen, nicht weil alle Arbeitskräfte schon bis zum Umfallen werken und nicht noch mehr schaffen können. Doch niemanden fällt dieses Paradoxon auf!

Ohne Möglichkeit der Kreditaufnahme durch den Staat – und ihren negativen Folgen - gibt es derzeit beim Übergang in eine nicht mehr weiter wachsende Wirtschaft keine komplementäre Finanzierung des Staates. Der Staat ist in die Finanzierungsfalle geraten, wie derzeit unschwer zu erkennen ist.

Die Politik ist zu schierer Machtlosigkeit verurteilt, alles politische Tun ist Spiegelfechterei.

## Teil 2

### Der Staat *und sein Geld*

#### **Das Beispiel Wörgl neu interpretiert**

Auf der Suche nach Wegen aus der Finanzierungsfalle, in die der Staat geraten ist, stößt man auf die Tauschringe und Bartergeschäfte. Ein weithin bekanntes Beispiel sind die Tauschclubs in Argentinien. Dabei stellt sich nun die Frage, warum deren Erfolg eher gering ist.

Ein grundlegender Fehler der Tauschringe liegt in der Sicht unserer Wirtschaft als Tauschwirtschaft. Sie folgen hier unbeschaut der Meinung des Mainstream. Geld ist jedoch heute in erster Linie Schuldentilgungsmittel. Nur wenn Unternehmen damit ihre Schulden, ihre Kredite<sup>4</sup>, tilgen können, werden sie etwas als Zahlungsmittel annehmen und können sie sich in alternativen Geldsystemen mehr als nur marginal integrieren. Auch läuft das wirtschaftliche Geschehen nicht in einem rechtsleeren Raum. Der Rechtsstaat ist Voraussetzung für eine Vertragswirtschaft, in der Schulden eingegangen werden, aber auch zu erfüllen sind. Es braucht auch eine Zentralstelle, welche die Geldmenge kontrolliert.

Jeder reformerische Ansatz muss am Istzustand anschließen. Niemand wird auf die Produktivität der modernen Wirtschaft verzichten wollen. Das aber impliziert, nicht an all diesen Strukturen vorbei zu agieren, sondern diese zu reformieren. Was jedoch gebraucht wird, ist ein komplementäres Geld, das dann in die Bresche springt, wenn die Wirtschaft mangels ausreichendem Wachstum nicht genügend Erträge an Steuern und Abgaben bereitstellt.

Ein solches Geld hat im kleinen Rahmen die Gemeinde Wörgl 1932/33 initiiert<sup>5</sup>. Bei der Beschreibung des Experimentes wird aber ein m. E. entscheidender Umstand nie erwähnt. Die Arbeitswertscheine wurden von der Gemeinde zur Bezahlung von ihr beauftragter Leistungen verwendet, aber gleichzeitig auch zugesichert, dass damit offene Gemeindesteuern bezahlt werden können. So wurde dieses Notgeld gerade von allen Kaufleuten und Betrieben als Zahlungsmittel rasch angenommen, weil sie damit die Möglichkeit hatten, Sinnvolles zu bewirken. Damit aber war auch für die Lohnempfänger und Konsumenten jede Zögerlichkeit beseitigt.

Der Vorgehensweise, wie mit diesen Arbeitswertscheinen ein „Outside-Money“ geschaffen wurde, regt zum Weiterdenken an.

#### **Warum warten auf das Geld der Wirtschaft?**

Die Finanzierung des Staates erfolgt heute über Steuern und Abgaben in Geld. Und: Sie erfolgt eher durch Zwang. Doch niemand fragt: Muss dies in Geld erfolgen? Sind es nicht letztlich die Leistungen der Wirtschaft, auf die der Staat zurückgreift? Warum aber muss der Staat darauf warten, dass die Unter-

---

<sup>4</sup> In Argentinien wird dieses Tauschgeld „Credito“ benannt, wiewohl es gerade kein Kreditgeld ist

<sup>5</sup> Fritz Schwarz, das Experiment von Wörgl, 1951 Verlag Genossenschaft Freies Volk, Bern

nehmen zuerst Geld in die Wirtschaft stecken, davon Steuern erheben, um dann wieder auf diese oder jene Art Leistungen einzukaufen? In Form von Infrastrukturbauten, Schulen, Spitälern, von Konsumgütern über die Gehälter der Beamten, Lehrer, ..

Warum, so die Frage, macht er es nicht umgekehrt? Warum verlangt der Staat seine Abgaben nicht gleich in Leistungen? Natürlich, ganz so einfach geht es nicht. Schließlich müssen ja alle Unternehmen, aber auch die Einkommensbezieher, in die Besteuerung einbezogen werden. Der Vorschlag scheint vorerst unhandlich und den gegebenen Erfordernissen wenig angepasst.

Diese Erfordernisse aber werden damit erreicht, dass der Staat jene, von denen er konkret reale Leistungen einfordert, mit übertragbaren Steuergutschriften, genannt „Taxos“, bezahlt. Mit diesen Taxos kann das betreffende Unternehmen dann nicht nur seine eigenen Steuern verrechnen, sondern auch bei anderen Unternehmen einkaufen, die ihrerseits in der gleichen Weise damit verfahren. Sehr rasch werden also die Taxos als Zahlungsmittel durch die ganze Wirtschaft bis hin zu den Lohnempfängern und Konsumenten sickern. Jeder kann dann damit seine Steuern zahlen oder bei anderen einkaufen. Früher oder später wird aber jeder Taxos wieder beim Staat landen.

Mit diesem Sickerungsprozess ist ein Lernprozess verbunden. Begonnen wird bei einer Hand voll Unternehmen, die ja einen Gutteil der Steuern abzuliefern haben. Nach eingehenden Gesprächen über diese Form der Zahlung können sie dann hautnah Erfahrungen sammeln, sie so akzeptieren lernen und von sich aus dann im Schneeballeffekt weiter verbreiten. Deshalb ist „oben“ zu beginnen- und nicht „unten“, etwa bei den Löhnen der BeamtInnen.

Was nun wird damit bewirkt?

Von Bedeutung ist, dass selbst bei Gleichbleiben der Steuerbelastung bzw. -menge eine Veränderung in der Erwartungshaltung der Unternehmen eintritt: Es wird der Staat vom Nachläufer zum Impulsgeber der Wirtschaft. Und die Initiative der Unternehmen durch Reduzierung der erforderlichen Kreditaufnahmen angeregt, da ja - zumindest teilweise - die bisherige Vorfinanzierung der Abgaben wegfällt.

Bei diesem Vorschlag geht es aber nicht zuletzt darum, die staatliche Nachfrage soweit zu erhöhen, dass eine Auslastung der Ressourcen erreicht wird. Es ist jedoch zu kurz gesehen, wenn man das lediglich als eine andere Form des *deficit spending* betrachtet. Die zusätzliche Nachfrage kommt nicht durch zusätzliche monetäre Schulden zustande. Sie verursacht auch keine zusätzlichen Zinslasten für den Staat, weil sie eben nicht auf zusätzlicher monetärer Verschuldung gründet. Wozu auch sollte sich der Staat bei den Banken verschulden? Er braucht nicht den „Kredit“ der Bank. Ein staatliche Gutschrift genießt doch das selbe Vertrauen wie eine Gutschrift der Banken. Sie ist Geldes wert.

### **Ein zweiter Zahlungsmittelkreislauf**

Am Anfang steht die Steuerschuld, deren Tilgung mit realer Leistung erfolgt und in Taxos dokumentiert wird. Taxos sind somit Schuldentilgungs- und nicht Tauschmittel. Auf diese Weise verzichtet der Staat aber auch nicht auf Einnahmen. Er hat ja das schon, was er mit den Einnahmen erreichen wollte

Noch davor aber braucht es die schon laufenden Unternehmen, von denen diese reale Leistung eingefordert werden kann. Da sie nun nicht mehr die Steuern Kredit finanzieren müssen, können sie auch eher aus dem Zwang zum Wirtschaftswachstum heraus. Die immer wiederkehrende Entschuldung nach jeder Verschuldung eines Unternehmens wird ja erleichtert.

Mit Kreditgeld kann dagegen die Wirtschaft schon von sich aus in der Zeit des Mangels und des unterentwickelten Sozialstaates tätig werden, womit dieses den *start-up* des Wachstums begünstigt, aber dann ohne dieses auch nicht mehr auskommt.

Nach einer bestimmten Übergangsphase sollte nun die ganzen Aufgaben des Staates mit diesen Taxos, dem Outside-Money, bezahlt werden, während die Wirtschaft für ihre Aufwendungen auf das Inside-Money zurückgreift. Dazu wird von der Finanzbehörde ein eigener Zahlungsmittelkreislauf dergestalt eingerichtet, dass jedes Steuersubjekt ein Steuerkonto erhält, auf dem Steuerschulden und Steuerguthaben ausgewiesen sind und von dort - so wie bei jedem Bankkonto - an andere übertragen werden können.

Immer aber setzt sich die monetäre Nachfrage zusammen aus den von den Unternehmen bezahlten Aufwendungen und damit Einkommen in Bankengeld (IM) plus der Nachfrage des Staates in Taxos (OM). Damit wird das Preisniveau entsprechend weit über das Kostenniveau angehoben, so dass den Unternehmen insgesamt scheinbar eine hoher Gewinn bleibt. Das darin enthaltene Taxos-Volumen verschwindet aber wieder, da es insgesamt als Nachweis der Steuerleistung beim Finanzamt eingereicht

wird. Dort werden die Taxos vernichtet, so wie es bei jedem Gutschein erfolgt. In Summe gesehen müssen also die Unternehmen ihre Bankenschulden in Bankengeld abzahlen. Auf das einzelne Unternehmen gesehen, bleibt diesem jedoch jene Summe an Taxos als Gewinn, der im Preis der Lieferung an den Staat enthalten ist.

Begonnen wird mit der Beauftragung von einigen wenigen Unternehmen mit konkreten Projekten und deren Bezahlung mit Steuergutschriften ohne wesentliche Kontrolle der damit bewirkten zusätzlichen Nachfrage. Am Ende der Entwicklung aber wird die gesamte Summe an Taxos von der zum Währungsamt mutierten Zentralbank kontrolliert vorgegeben. Sie muss sich an der Einhaltung eines möglichst konstanten Preisniveaus ausrichten, so dass der monetäre Engpass mit dem realen Waren- und Leistungsangebot der Wirtschaft in etwa zusammenfällt. Das Regulativ aber sind jetzt die Taxos, die vorerst einmal keine Zinslasten nach sich ziehen. Erst wenn irgendwo ein Überschuss auftreten sollte, kann und muss der weiter verliehen werden. Das Entstehen eines Überschuss ist aber eher unwahrscheinlich. Denn jeder Unternehmer wird, so lange er Taxos hat – auch die aus dem Gewinn –, mit diesen seine Zahlungen erfüllen, und erst dann auf Kreditgeld der Geschäftsbanken zurückgreifen, wofür er ja Zinsen zahlen muss. Womit im Endzustand nicht mehr dieses Outside-Money, sondern das Kreditgeld das Komplementärgeld ist. Wird die nun allein von den Geschäftsbanken emittierte Menge an Kreditgeld (IM) zu stark ausgeweitet, kann der Staat bzw. die Zentralbank rasch mit einer Einschränkung der Nachfrage in Taxos (OM) reagieren. In der Folge dieser Maßnahme wird auch die Erstattung der Steuern und Abgaben wieder stärker durch Kreditgeld (IM) erfolgen. Im umgekehrten Fall, wird die Taxos-Nachfrage ausgeweitet und so die Steuern und Abgaben verstärkt in Taxos bezahlt

Die Zentralbank (Währungsamt) wird damit aber nicht zur Superbehörde, welche die finanzpolitischen Funktionen von Exekutive und Legislative übernimmt. Sie steuert „nur“ die gesamte Nachfrage, nicht aber, worin sie im Detail besteht.

### **Kein *deficit spending*, sondern Nutzung der nichtgenutzten Ressourcen**

Insofern ist das nun eine Dauerlösung, die im Gegensatz zum herkömmlichen *deficit spending* nicht als kurzzeitiger Impuls zur Beschleunigung eines zu niedrigen Wachstums gedacht ist. Es geht hier nicht um die Sicherung eines immerwährenden Wachstums, sondern „nur“ darum, dass die Wirtschaft einerseits eine so hohe Dynamik behält, die der ganzen Bevölkerung ein gutes, ausreichend versorgtes Leben sichert, andererseits aber auch die nicht ausgelasteten Humanressourcen sinnvoll im Sinne des Gemeinwohles eingesetzt werden. Die Pflichten, die den Rechten auch im Sozialstaat gegenüberstehen, müssen ja nicht durch äußeren Zwang erbracht werden. Geld lässt ja auch heute vieles als freiwillig erscheinen, was bei näherem Hinschauen sich auch als Zwang entpuppt.

Anzumerken bleibt, dass dies kein Patentrezept ist, welches gegen jede Krankheit hilft. Es kann dort nicht so einfach helfen, wo eben im Sinne des gewohnten Wirtschaftsankurbelung Schulden für sinnlose Investitionen gemacht wurden. So wie es Japan insbesondere im Hinblick auf die übergroße Ausrichtung auf die Exportwirtschaft geschehen sein soll. Wenn sich japanische Autos nicht mehr so zahlreich am Weltmarkt verkauft werden können, dann ist es wohl nicht zielführend, zu versuchen, diese in Inland mit einem alternativen Geld verhökern zu wollen. Hier müssen auch neue Realstrukturen aufgebaut werden.

### **Ausblick**

Zahlreiche Fragen bleiben noch zu klären, die insbesondere im Konnex mit dem Gewinn als den Wirtschaftsmotor dieser Art von Wirtschaft stehen. Antworten können und sollen hier noch nicht gegeben werden, bleiben sie doch allzu sehr spekulativ. Es wäre jedoch schon viel gewonnen, wenn allein als erster Schritt versucht würde, einzelne Projekte „taxosfinanziert“ zu realisieren, um daraus zu lernen.